

Den Antrag 20, der wünscht, daß der „Neuen Welt“ eine Art landwirtschaftliche Beilage beigegeben werden soll, bitte ich abzulehnen. Eine solche Beilage würde gar nicht den Aufgaben und dem literarischen Charakter der „Neuen Welt“ entsprechen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist Sache der Tagespresse. Würden wir die „Neue Welt“ damit belasten, so würde ihr Preis so erhöht werden müssen, daß ihr Bestand überhaupt gefährdet wird. Lehnen Sie den Antrag ab und überweisen Sie alle anderen Anträge dem Parteivorstande zur Prüfung. Dem Genossen Jubeil gegenüber möchte ich erklären, daß der Parteivorstand selbstverständlich alle Anträge sorgfältig und objektiv prüft. (Beifall.)

Raben (Schlußwort): Ich habe mich in meinem Referat möglichst kurz gefaßt, um die kostbare Zeit des Parteitages nicht stärker in Anspruch zu nehmen. Nun ist aber Genosse Pfannkuch näher auf den Fall Gewehr eingegangen, so daß ich gezwungen bin, mich nochmals dazu zu äußern. Wohl ist es richtig, daß der Parteivorstand ein Schreiben an die Kontrollkommission, worin er erklärt, daß er sich unjermem Urteil in dieser Angelegenheit nicht anschließen kann, er wolle aber auf diesen Fall nicht weiter eingehen und die Sache aus sich beruhen lassen. Wie liegt nun die Sache für die Kontrollkommission? Wir haben alle Akten des Falles einer genauen Prüfung unterzogen, auch den Bericht des Parteivorstandes an die Kontrollkommission. In der letzten Sitzung hat nun die Kontrollkommission dazu erklärt: Nach längerer Diskussion beschließt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand mitzuteilen, daß sie auch nach Kenntnisnahme des zweiten Briefes keine Veranlassung hat, von der, dem gefaßten Beschluß untergelegten Beurteilung des Falles abzugehen. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschlusse gefügt. Die Kontrollkommission hat sich, da die Sache schon längst erledigt war, ebenfalls mit der Sache abgefunden. Ich glaube in meinem Referate darüber hinweggehen zu können, daß diese kleine Differenz zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission bestanden hat. Ich bedauere, daß Pfannkuch die Sache angeschnitten hat.

Genossin Gewehr (zur persönlichen Bemerkung): Angesichts der unerwarteten Äußerung des Genossen Pfannkuch betreffend meine Angelegenheit sehe ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben: Erstens, es erscheint mir sehr befremdlich, daß der Referent des Parteivorstandes Äußerungen, die für die persönliche Ehre einer Genossin und Delegierten des Parteitages so schwer kränkend ist, im Schlußwort vorbringt, also in einer Form, der gegenüber der Angegriffene völlig wehrlos ist. Zweitens, gegenüber der Erklärung des Genossen Pfannkuch, daß der Parteivorstand von einer Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission abgesehen habe, weil die Angelegenheit ihm nicht wichtig genug erschien, muß ich bemerken, daß die Ehre einer Genossin, wenn sie auch nur ein bescheidener Soldat aus der großen Armee der Partei ist, durchaus keine so gering zu schätzende Sache ist. Eine Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission stand nicht nur dem Parteivorstand, sondern auch mir zu. Wenn ich jedoch von einer Berufung abgesehen habe, so geschah es im Interesse der Partei, um die höchste Instanz, den Parteitag, nicht mit unerquicklichen Angelegenheiten persönlichen Charakters zu behelligen und weil mir die Kontrollkommission in moralischer Hinsicht volle Genugtuung gewährt hatte. Ich muß um so mehr den Angriff des Genossen Pfannkuch in seinem Schlußwort zurückweisen, der mich in unerwarteter Weise dafür straft, daß ich meine persönlichen Interessen hinter Rücksichten auf das Parteiinteresse gestellt habe.

Pfannkuch: Ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, die persönliche Ehre der Genossin Gewehr anzulasten. Ich habe weiter nichts getan, als den schriftlichen Verkehr der Kon-

tralkommission in dieser Sache, soweit es dem Parteivorstand nützlich und notwendig erschien, darzustellen. Auch der Parteivorstand hat genau so wie die Genossin Gewehr an den Darlegungen des Genossen Raben nicht das Geringste mehr anzufügen. Auch wir sind damit zufrieden.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zu Organisation.

Der Antrag von 21 Genossen, die Angelegenheit G. e. d. S. ü. f. i. n. d. an die Beschwerdekommision zu überweisen, wird vom Vorsitzenden Diez als angenommen erklärt. Dagegen protestiert ein Teil der Versammlung mit dem Rufe: Gegenprobe!

Vorsitzender Diez: Das Bureau ist einig darüber, daß die große Mehrheit für den Antrag war, da das Bureau einig ist, können wir eine Gegenprobe nicht mehr vornehmen.

Die Anträge 6, 8, 16 und 18 werden dem Parteivorstand überwiesen, ebenso Antrag 83. (Pfannkuch: Das ist ja heute schon Praxis!) Nun folgt die Abstimmung über die Anträge zu Presse und Literatur. Dem Vorstand zur Prüfung überwiesen werden die Anträge 24, 25 und 26, 32, 33, 4, 5, während die Anträge 27, 29 und 30 und 34 abgelehnt werden.

Vorsitzender Diez: Es wäre jetzt die hadische Budgetbewilligung zu behandeln, da aber unser Genosse Webel noch nicht wieder so frisch ist, wie es seinerseits und von seiten aller Genossen zu wünschen wäre, hat er gebeten, diesen Punkt auf morgen früh zu verschieben. Ich schlage Ihnen vor, jetzt den Punkt 7, Maifeier, in Verhandlung zu ziehen. Der Parteitag stimmt widerspruchlos zu.

Punkt 7:

Maifeier.

Berichterstatter Parteisekretär Müller: Seitdem im Jahre 1889 der Internationale Sozialistenkongress in Paris die Maifeier beschlossen hat, haben wir uns alljährlich auf unseren deutschen Parteikongressen mit dieser Frage beschäftigt. So sehr auch im einzelnen oft die Anschauungen über die Form der Maifeier auseinander gingen, so sehr waren wir doch jedes Jahr in dem Wunsche einig, daß die Maifeier an Ausdehnung gewinnen möchte, und daß vor allem mit dem Erstarken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auch die Maifeier und besonders ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, eine wachsende Beteiligung finden möchte. Wir haben in unserem Bericht bereits festgestellt, daß die Maifeier in diesem Jahre eine ganz außerordentliche Beteiligung gefunden hat. Es waren mehrere Momente hierfür maßgebend. In erster Linie war die politische Situation in diesem Jahre ganz besonders geeignet, die Maifeier zu fördern. Wir haben die Maifeier im Zeichen der Wahlrechtskämpfe in Preußen, in Braunschweig, in Bremen und anderen Bundesstaaten gefeiert. Der Parteivorstand hat vor dem 1. Mai auch einen besonderen Aufruf herausgegeben, in welchem er die Organisationen auch in Süddeutschland auffordert, sich mit der Maifeier zu beschäftigen, um dadurch die Wahlrechtsmaifeier der preussischen Genossen zu unterstützen. Aber, Parteigenossen, wir dürfen uns nicht täuschen. Neben diesem politischen Moment war auch noch ein anderes Moment für die besondere Ausdehnung der diesjährigen Maifeier maßgebend, nämlich die Tatsache, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. (Sehr richtig!) Das ermöglichte, daß Schichten des Proletariats, die in anderen Jahren nicht dazu in der Lage sind, in diesem Jahre ebenfalls den 1. Mai feiern konnten. Diese besonders starke Beteiligung an der Sonntagmaifeier hat dazu geführt, daß wieder einige Stimmen laut wurden, die beantragten, daß in Zukunft die Maifeier

nicht mehr am 1. Mai, falls dieser auf einen Wochentag fällt, sondern am ersten Sonntag im Mai gefeiert werden möchte. Aber diese Wünsche haben, soweit man die Presse und die Ausrufungen der Organisationen verfolgen konnte, sehr wenig Anklang gefunden. Das ist kein Wunder. In einer Zeit, in der man dazu übergegangen ist, andere Demonstrationen bei aktueller Gelegenheit einzuführen, besteht in den weitesten Kreisen der Partei keine Neigung, an den Arbeitsruhebeschlüssen etwas zu ändern. Der Wunsch einzelner Blätter und Organisationen, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen eine Aenderung in der Maifeier herbeiführen möchte, hat kein Echo gefunden. Ich habe bereits im vorigen Jahre, als ich die Ehre hatte, über die Maifeier zu referieren, gesagt, daß dies kaum eintreten würde. Es ist auf einem internationalen Kongreß keine Aussicht vorhanden, daß die Arbeitsruhe abgeschafft wird.

Die Art und Weise, wie die Maifeier gefeiert wird, wird immer mit abhängen von den besonderen Verhältnissen, in denen die einzelnen Länder sich befinden. Der Schwerpunkt der Maifeier ist deshalb in die Organisationen des eigenen Landes zu legen. — Wir haben nun die Aufgabe, alles zu tun, damit auch im nächsten Jahre eine würdige Maifeier zustande kommt. Die politische Situation ist auch im nächsten Jahre der Maifeier günstig. Der preussische Wahlrechtskampf ist ja nicht abgeschlossen. Sie wissen, daß die Wahlrechtsvorlage Bethmann Hollweg zertrümmert wurde. Dazu kommt, daß wir im nächsten Jahre den Reichstagswahlen entgegensehen.

Wir haben uns im vorigen Jahre eingehend mit der Frage der Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten beschäftigt und dafür gesorgt, daß auch diese Frage, die solange eine Rolle in den Debatten über die Maifeier gespielt hat, gelöst wurde. Wir sind zu einer Einigung gekommen. Ich muß darauf kurz eingehen. Sie wissen, daß in den Bestimmungen vor allem der Satz steht, daß die Maifeier nur am 1. Mai selbst gefeiert werden darf, und daß für eine würdige Feier Sorge zu tragen ist. Der Streit über die Unterstützungsfrage ist insofern geschlichtet worden, als zusammenhängende Wirtschaftsgebiete gebildet werden sollten, die über Maifeierfonds Vereinbarungen treffen sollten. Die einzelnen Orte, die zu diesen Bezirken zugeschlagen wurden, sollten damit einverstanden sein, daß sie dem betreffenden Bezirk angehören. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen können wir feststellen, daß in 18 Bezirken eine Einigung über die Wirtschaftsgebiete mit ihren Maifeierfonds stattgefunden hat, und daß in fünf Bezirken die Verhandlungen ziemlich weit fortgeschritten sind, aber eine endgültige Regelung noch nicht herbeigeführt ist. Aus 30 Bezirken haben wir noch keinen Bescheid. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß dabei eine Reihe kleiner Bezirke in Betracht kommen. Überall dort, wo bisher eine Einigung nicht erfolgt ist, muß jetzt sehr bald daran gegangen werden, die Vorbereitungen zu Ende zu führen, damit der 1. Mai des nächsten Jahres uns nicht unvorbereitet findet. Bereits im Januar sollen ja die Kommissionen zusammentreten, um die Vorbereitungen zu treffen. Die wirtschaftliche Konjunktur wird, wenn der Schein nicht trügt, das nächste Mal eine bessere sein. Das ist mit ein Moment, das die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen veranlassen muß, die einmal in erhöhtem Maße der Maifeierfrage Beachtung zu schenken. Weiter kommt das sozialpolitische Moment in Betracht. Sie wissen, daß ursprünglich die Maifeier zur Propaganda für unsere sozialpolitischen Ziele gedacht worden ist und wir können feststellen, daß gerade auf diesem Gebiete im letzten Dezennium so wenig wie noch in keinem Dezennium geleistet worden ist, daß gerade die wilhelmsche Periode auf diesem Gebiet ganz unfruchtbar gewesen ist. Die Vera

gesagt hat, daß jetzt erst recht Sozialpolitik getrieben werden solle. Wenn wir diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stellen, dürfte kein Zweifel darüber sein, daß wir im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier feiern können. (Bravol)

Von den hierzu vorliegenden Anträgen 19 bis 22 und 87 wird der Antrag 20 nicht genügend unterstützt.

In der Diskussion meldet sich niemand zum Wort.
Vorf. Dieß: Wir kommen dann zur Abstimmung. (Berichterstatter Müller meldet sich zum Wort.) Wollen Sie noch ein Korreferat halten? (Große Heiterkeit.)

Müller (Schlußwort): Da die Anträge unterstützt sind, möchte ich doch noch sagen, daß nach meiner Auffassung alle abgelehnt werden müssen. Wir haben im nächsten Jahre zum ersten Male die Probe auf die vorjährige Vereinbarung zu machen und es hat absolut keinen Zweck, jetzt daran etwas zu ändern.

Vorf. Dieß: Der Berichterstatter hat beantragt, alle Anträge en bloc abzulehnen. Das ist nur möglich, wenn niemand widerspricht. (Liednecht: Ich widerspreche!) Dann kommen wir zur Einzelabstimmung.

Der Antrag 19 wird mit 154 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt werden die Anträge 21 und 22. Angenommen wird der Antrag 87.

Zur Verhandlung gestellt wird dann Punkt 8:

Internationaler Kongreß

in Kopenhagen. An Stelle Singers referiert darüber

Richard Fischer-Berlin: Bei der ausführlichen Berichterstattung unserer deutschen Parteipresse über die Verhandlungen des Internationalen Kongresses in Kopenhagen bin ich hier einer eingehenden Berichterstattung überhoben. Vielleicht auch deswegen, weil auf diesem Kongresse in der Auffassung der Genossen der verschiedenen Länder weniger als je auf früheren internationalen Kongressen Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung getreten sind. Wollte man freilich den Kongreß nach dem Urteile der Gegner bewerten, dann könnte man zu der Auffassung kommen, daß der Kopenhagener Kongreß weniger bedeutungsvoll für die Geschichte der internationalen modernen Arbeiterbewegung war wie seine Vorgänger. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die deutsche bürgerliche Presse gegenwärtig unter dem Schrecken der sozialdemokratischen Springflut steht, die alle Dämme des blauen und blauschwarzen Todes überflutet. Sie ist daher ängstlich bemüht, unserem Siegeslauf gegenüber Vogel-Strauß-Politik zu treiben. Ja, wenn auf dem Kopenhagener Kongreß Panik und Streit und Strakeel gewesen wäre, statt Einmütigkeit und zielbewußter Einigkeit in allen wesentlichen Punkten, dann hätte es zweifellos in deutschen Blätterwalde von diesen Vorgängen widerhallt, so aber hat — in völliger Uebereinstimmung mit dem Ruhebedürfnis des philosophischen Prügelsungen in der Wilhelmstraße — das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau seine Korrespondenten in Kopenhagen angewiesen, über die Verhandlungen möglichst wenig und auf alle Fälle nicht eingehend zu berichten. (Hört, hört!) Wenn etwas geeignet wäre, die Bedeutung des Kongresses zu erhöhen, so ist es dieser Versuch des sich-blind-und-taub-stellens der bürgerlichen Presse. Schließlich liegt aber die Bedeutung des Kongresses nicht in der Beurteilung von seiten der bürgerlichen Presse, sondern in den Verhandlungen des Kongresses und in der Tatsache, daß er die höchste Zahl aller Delegierten der bisherigen Kongresse aufgewiesen hat, nämlich 887. Diese Zahl spricht allerdings herigen Kongresse aufgewiesen hat, nämlich 887. Diese Zahl spricht allerdings vielleicht auch dafür, daß damit des Guten vielleicht schon zuviel getan ist.